

Eugen Gerstenmaier
zum 100. Geburtstag

Politik im Zeichen von Widerstand und Kirche

Günter Buchstab

Eugen Gerstenmaier, der bisher am längsten amtierende Bundestagspräsident, ist – wie viele Politiker der ersten zwanzig Jahre der Bundesrepublik – kaum noch im öffentlichen Bewusstsein präsent. Dabei galt er bis zu seinem Abgang von der politischen Bühne als eine der einflussreichsten und prägenden Persönlichkeiten der Bundesrepublik und der CDU. Am ehesten ist sein Name wohl im Bonner Raum geläufig, wo der Spitzname des früheren Abgeordnetenhauses, der „Lange Eugen“, noch an ihn erinnert.

Vor hundert Jahren, am 25. August 1906, ist Gerstenmaier in Kirchheim/Teck auf der Schwäbischen Alb geboren und im Alter von knapp achtzig Jahren am 13. März 1986, also vor zwanzig Jahren, in Bonn verstorben.

Nach einer kaufmännischen Ausbildung machte er 1929 das Abitur mit Auszeichnung nach und nahm 1930 als Stipendiat der Studienstiftung des Deutschen Volkes in Tübingen das Studium in den Fächern Theologie und Germanistik auf. 1932 wechselte er an die Universität Rostock, wo er neben Theologie als zweites Fach Philosophie wählte. Prägend für ihn wurde sein Lehrer, der Philosoph und systematische Theologe Friedrich Brunnstädt, der seine Lehrtätigkeit mit politischem und sozialem Engagement verband. 1934 wechselte er für ein Auslandssemester nach Zürich zu Emil Brunner, kehrte dann nach Rostock zurück, wo er im Herbst 1935 mit „summa cum laude“ promoviert wurde. Von seinen Lehrern beeinflusst, geriet er in Gegensatz zum

„Herrschaftsanspruch“ der christozentrischen Theologie von Karl Barth, mit der er sich in seiner Habilitationsschrift „Die Kirche und die Schöpfung“ (1938) auseinandersetzte.

Nach seiner Promotion trat er ein Vikariat in Gaildorf (Württemberg) an, übernahm aber schon wenige Monate später, im April 1936, die Stelle eines wissenschaftlichen Mitarbeiters im Kirchlichen Außenamt in Berlin. Gerstenmaiers Aufgabe war die Pflege der Verbindungen zu den evangelischen Kirchen im Ausland (Ökumene), insbesondere zu denen in der Schweiz, in Skandinavien und zu denen Südosteuropas, die mit zahlreichen internationalen Kontakten verbunden war. Die Leitung des Amtes hatte der lutherische Bischof Theodor Heckel inne. Heckel war zwar kein „Deutscher Christ“, aber aufgrund der engen Verbindung des von Reichsbischof Müller 1934 gegründeten Amtes mit der Außenpolitik des Regimes nach 1945 diskreditiert, sodass er kein herausragendes Kirchenamt mehr ausüben konnte. Auch Gerstenmaier stieß nach 1945 aufgrund seiner Tätigkeit im Dritten Reich in Teilen des Protestantismus auf Vorbehalte.

Dabei war er schon 1933/34 in den „Kirchenkampf“ innerhalb der evangelischen Kirche involviert, der die evangelischen Christen in „Bekennende“ und „Deutsche Christen“ spaltete. Sein Eintreten als „Führer und Sprecher der theologischen Opposition“ der Rostocker Fachschaft für Friedrich von Bodelschwingh, den Leiter der Bethel'schen Anstalten, als

Reichsbischof anstelle des regimehörigen Ludwig Müller machte Gerstenmaier den neuen Machthabern suspekt. Nachdem er 1934 mit einigen Kommilitonen Reichsbischof Müller öffentlich zum Rücktritt aufgefordert hatte, wurde er am 30. November 1934 sogar in „Schutzhaft“ genommen. Das eingeleitete Disziplinarverfahren überstand er mithilfe seines Verteidigers, des Rostocker Ordinarius für Handelsrecht, Walter Hallstein, des späteren Staatssekretärs und Präsidenten der Europäischen Kommission. Doch blieben von nun an aktenkundig Zweifel an der politischen Zuverlässigkeit Gerstenmaiers. Aufgrund dieser Einschätzung war ihm nach seiner Habilitation die angestrebte wissenschaftliche Karriere verwehrt.

Widerstand und Wiederaufbau

Spätestens unter dem Eindruck der Ergebnisse der Münchener Konferenz von 1938 zog er den Schluss, Hitler müsse beseitigt werden. Nach Kriegsausbruch wurde er zunehmend gegen das nationalsozialistische Regime konspirativ tätig und kam schließlich 1942 in Kontakt zu Helmuth James Graf von Moltke und zum Kreisauer Widerstandskreis. In den Zusammenkünften des Kreises profilierte er sich als Experte für Kirchenfragen und Außenpolitik und war an der Endfassung der Pläne für ein zukünftiges Deutschland maßgeblich beteiligt. Nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler wurde er noch in der Nacht des 20. Juli 1944 im Bendlerblock verhaftet und vom Volksgerichtshof zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Oberreichsstaatsanwalt hatte die Todesstrafe gefordert, Gerstenmaier erklärte sich dieses relativ milde Urteil später mit der „harmlosen Idiotenversion“, die er im Verfahren vor dem Volksgerichtshof von seiner Tätigkeit gegeben hatte. Vermutlich kam er aber auch aufgrund der Intervention seiner Schwester Hanna Schwarz und eines württem-

bergischen SS-Obergruppenführers für die Verhafteten aus dem Robert-Bosch-Kreis mit dem Leben davon.

Nach seiner Befreiung aus der Zuchthaushaft in Bayreuth im April 1945 durch die Amerikaner gründete er das Hilfswerk der Evangelischen Kirche, dessen zentrale Aufgabe die Linderung der Not für Flüchtlinge und Vertriebene war, für die er aufgrund seiner guten internationalen Kontakte, seines ausgezeichneten Organisationstalentes und seiner kaufmännischen Ausbildung geradezu prädestiniert war. Mit großem Engagement nahm er sich dieses Wiederaufbauhilfswerkes an und betrieb nicht nur die Verteilung der eingehenden Auslandsspenden an die Gemeinden, er organisierte auch Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit und die Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen. Siedlungen, die ihnen eine neue Heimat boten, sowie Wirtschaftsbetriebe wurden gegründet und neue Arbeitsplätze geschaffen. Nicht zuletzt gehörte dazu auch die Gründung eines Verlages, des Evangelischen Verlagswerkes, in dem auch die Wochenzeitschrift *Christ und Welt* erschien, deren Mitgesellschafter Gerstenmaier wurde. All diese Aktivitäten Gerstenmaiers wurden von Vertretern der Bekennenden Kirche kritisch begleitet, die ihn nach wie vor in die Nähe der Deutschen Christen rückten. Auch durch die Rivalität zur Inneren Mission, die wegen des weit reichenden Anspruchs des Hilfswerkes um ihre Daseinsberechtigung auf dem Gebiet der kirchlichen Wohlfahrt fürchtete, geriet er innerkirchlich in Kritik, sodass er 1951 seine amtliche Tätigkeit in der evangelischen Kirche beendete.

Politische Weichenstellung

Der Abschied fiel ihm nicht leicht, doch war schon 1949 die Weichenstellung für seinen Eintritt in die Politik erfolgt, in der er nach dem Gewinn des Bundestagsmandats für die CDU im Wahlkreis Back-

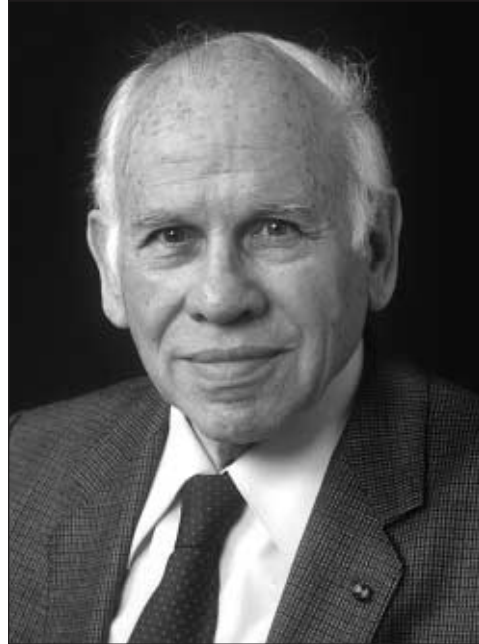
ang-Schwäbisch Hall nun für zwanzig Jahre eine maßgebende Rolle spielte. Dieser Schritt in die Politik war durch seinen bisherigen Lebensweg zwar nicht zwangsläufig vorgegeben, durch seine Mitwirkung im Kreisauer Kreis und sein Wirken im Hilfswerk in gewisser Weise aber doch vorgeprägt. Als Experte in Flüchtlingsfragen mit internationalen Kontakten war er in der noch jungen Partei hochwillkommen, die mit diesem Repräsentanten der evangelischen Kirche dem häufig geäußerten Vorwurf begegnen konnte, eine Nachfolgerin der 1933 untergegangenen katholischen Zentrumspartei zu sein. Sehr schnell rückte er in die erste Reihe der CDU/CSU-Fraktion auf. Das Angebot Konrad Adenauers, als Vertriebenenminister in das Kabinett einzutreten, lehnte er ab. Ersah seine Zukunft im außenpolitischen Bereich. Schon 1949 wurde er stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für das Besatzungsstatut und auswärtige Beziehungen, 1953 dessen Vorsitzender. Als entschiedener Vertreter der Europaidee unterstützte er Adenauers Kurs der Westbindung. Sein scharfer Antikommunismus und seine Hinwendung zu den USA führten zu Konflikten mit den Kritikern Adenauers in der EKD, die Äquidistanzdenken mit politischem Neutralismus verbanden. Von 1950 bis 1954 gehörte er der Beratenden Versammlung des Europarates an und war Mitglied im Parlament der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), dem Vorläufer des Europäischen Parlaments.

Stärkung des Bundestages

Eigentlich strebte er das Amt des Außenministers an, und deshalb sträubte er sich zunächst, dem überraschend verstorbenen Bundestagspräsidenten Hermann Ehlers 1954 im Amt nachzufolgen, in dem er nur geringe politische Gestaltungsmöglichkeiten sah. Seine fünfzehnjährige Amtszeit – bis 1969 – wurde prägend für

Eugen Gerstenmaier, CDU-Politiker und Bundestagspräsident mit der bisher längsten Amtszeit, aufgenommen im Februar 1983.

© dpa, Foto: Portraitstudio Wieseler



das parlamentarische Leben und trug entscheidend dazu bei, die noch junge parlamentarische Demokratie zu stabilisieren und ihr nach innen wie auch international zur Anerkennung zu verhelfen. Geprägt von der Verachtung, die dem Parlament der Weimarer Republik in weiten Bevölkerungskreisen entgegengebracht worden war, galt sein besonderes Augenmerk der Stärkung des Bundestages gegenüber der Regierung. Selbstbewusst strich er immer wieder die protokollarische Rolle des Parlamentspräsidenten als des zweiten Mannes im Staat heraus. Stilbildend wurde unter anderem auch das von ihm eingeführte Zeremoniell, wonach sich die Abgeordneten von ihren Stühlen zu erheben hätten, bis der amtierende Präsident seinen Platz eingenommen hat. Auch gestaltete er die Fragestunde neu und stärkte mit der Einführung der aktuellen Stunde die Informa-

tionsrechte der Abgeordneten, deren Arbeitsfähigkeit er mit dem Ausbau des wissenschaftlichen Dienstes und mit der Einrichtung eigener Büros im Bau des „Langer Eugen“ genannten Abgeordnetenhauses zu verbessern trachtete.

Bei seiner Amtsführung ließ er zwar nie einen Zweifel daran, wer der „Chef“ im Hause war, doch war ihm immer wohl bewusst, dass er über den Fraktionen und Parteien zu stehen hatte – als Repräsentant aller Abgeordneten, die er nicht als Vertreter einer Elite, sondern als Vertreter des Volkes in seinen Schichten, Begabungen und Interessenunterschieden begriff. Nicht mehr, aber auch nicht weniger erwartete er von der Substanz des Parlaments.

Als der zur strikten Neutralität verpflichtete erste Repräsentant des Parlaments war ihm zwar eine aktive Politikgestaltung verwehrt, immerhin aber wurde der begabte Redner und scharf analysierende Denker 1956 zu einem der stellvertretenden Bundesvorsitzenden seiner Partei gewählt. Nur fünfmal in den Jahren seiner langen Amtszeit ergriff er als Redner seiner Fraktion das Wort. Auch als Sprecher des Hauses trat er nur sechsmal an das Rednerpult, wobei am nachhaltigsten seine Rede am Ende der dritten Legislaturperiode zur Deutschlandpolitik in Erinnerung geblieben ist. Sein Vorschlag für eine aktivere Deutschland- und Ostpolitik führte zu scharfen Auseinandersetzungen mit Adenauer und dem CDU-Bundesvorstand. Leidenschaftlich verteidigte er seine Position, doch stimmte er schließlich einem gemeinsamen Communiqué zu, das die Linie Adenauers und des Vorstands – Selbstbestimmung und freie Wahlen vor allen anderen Schritten – bekräftigte.

Dieser Eklat weist auf einen Charakterzug Gerstenmaiers hin, der nie gewillt war, mit seiner Meinung hinter dem Berg zu halten. Es falle ihm schwer, so hielt er fest, dass „der Bundestagspräsi-

dent im silbernen Käfig über der politischen Kampfbahn hänge“. Verschiedentlich versuchte er, aus diesem Käfig auszubrechen, doch erfüllten sich seine Ambitionen auf das Außenministerium, das ihm Kurt Georg Kiesinger bei der Bildung der großen Koalition zugesagt hatte, oder gar auf das Kanzleramt nicht, sodass er weiterhin im Amt des Bundestagspräsidenten verbleiben musste. Seine letzte Amtszeit sei, so hielt er in seinen Erinnerungen fest, von „Frustration“ gekennzeichnet gewesen.

Festhalten am christlichen Menschenbild

Auch wenn seinem direkten politischen Einfluss qua Amt Grenzen gesetzt waren, so verließ er mit schöner Regelmäßigkeit diesen Käfig auf Parteitag seiner CDU, bei denen er die Markenerkerne der CDU-Programmatik mit rhetorischer und gedanklicher Präzision formulierte. Mit allem Nachdruck verteidigte er – vor allem gegen Kritik aus Teilen des protestantischen Lagers – die Orientierung der Union auf das „C“ und die Möglichkeit, Politik aus der christlichen Gesinnung einer Partei zu gestalten. Als sich schon in den 1950er Jahren abzeichnete, dass das Christentum in der Nachkriegsgesellschaft an Bindekraft verlor und sich in der eigenen Partei das Bewusstsein der besonderen Entstehungsbedingungen ihrer Gründungszeit verflüchtigte, empfahl er leidenschaftlich das Festhalten seiner Partei am christlichen Menschenbild und am christlichen Naturrecht als der Grundlage ihrer Programmatik. Seine zahlreichen Ausführungen zu diesem die Partei seit ihrer Gründung begleitenden Thema sind – gerade in der derzeitigen Programmdiskussion – nachlesenswert und inspirierend, weil sie jenseits aller gesellschaftlichen Veränderungen auch heute noch grundsätzliche Gültigkeit besitzen.

Und ebenso leidenschaftlich setzte er sich mit der Tendenz der Sozialpolitik

auseinander, die für ihn zu einer finanziellen Überforderung des Staates führen und die Gefahr in sich bergen würde, den Einzelnen seiner „persönlichen Initiative und Risikobereitschaft“, letztlich seiner Freiheit zu Gunsten einer betreuten Massengesellschaft zu berauben. Dieser Tendenz stellte er das christlich-soziale Gesellschaftsbild entgegen, das verlange, „dass unsere Staatsordnung in einem verlässlichen Sinn Rechtsordnung ist, dass sie jedem eine verbürgte Chance gibt, aus sich und seiner Leistungsfähigkeit das Beste zu machen“.

Und nicht zuletzt war Gerstenmaier ein leidenschaftlicher Patriot, der trotz der Zerstörung und Teilung Deutschlands immer wieder ein identitätsprägendes Nationalbewusstsein in Verantwortung vor der deutschen Geschichte propagierte. Hartnäckig trat er für die Wiederherstellung der deutschen Einheit ein und setzte eine möglichst häufige Präsenz des Bundestages in Berlin und den Wiederaufbau des Reichstagsgebäudes durch. Von dieser Linie ließ er auch trotz teilweise heftiger Widerstände nicht ab.

Unfreiwilliger Abschied

In gewisser Weise ist in dieser konsequenten Haltung einer der Gründe zu sehen, die zu seinem unfreiwilligen Abschied von der Politik geführt haben. Nachdem Gerstenmaier in der Zeit des sowjetischen Berlin-Ultimeatums die Bundesversammlung 1959 in die alte Reichshauptstadt einberufen hatte, setzte eine massive Kampagne der DDR gegen ihn ein. Ihren Höhepunkt erreichte diese Kampagne mit der Lancierung eines Dossiers, als er 1969 wieder die Bundesversammlung nach Berlin einberufen wollte. Dieses Dossier sollte beweisen, Gerstenmaier habe zu Unrecht Wiedergutmachung für seine im Dritten Reich verweigerter wissenschaftliche Laufbahn erhalten. Mit böswilligen Fälschungen wurde ihm außerdem unterstellt, er habe mit

Himmlers Sicherheitsdienst kooperiert und seine Freunde aus dem Widerstand verraten. Bereitwillig wurde dieses Dossier von den „westdeutschen Provokationselementen“ (Philipp Gassert) aufgegriffen; eine weitere Kampagne wegen angeblicher Bereicherung in einem Immobiliengeschäft verschärfte das Kesseltreiben gegen Gerstenmaier. Gegen diese Kampagnen wehrte er sich verbissen, aber nicht besonders geschickt. Zermürbt trat er schließlich im Januar 1969 zurück. Sein Ausscheiden aus dem Amt war für ihn außerordentlich schmerzlich. Die Union, der er oft ein unbequemer Mahner war, gab erst nach seinem Rücktritt eine Ehrenerklärung ab, wahrlich kein Ruhmesblatt für die Partei, als deren „Chefideologe“ er hin und wieder bezeichnet worden war. Erst sechs Jahre später wurde er von der Bonner Staatsanwaltschaft rehabilitiert; die Machenschaften der „Stasi“ kamen erst nach dem Zusammenbruch der DDR vollständig ans Licht.

Nach seinem Ausscheiden aus dem Bundestag trat Gerstenmaier politisch kaum noch hervor. Immerhin drängte er mit Heinrich Krone seine Partei dazu, auf den Rat der in der Politik Erfahrenen nicht ganz zu verzichten. Seiner Initiative ist es zu verdanken, dass sich ein Kreis der Ältesten zur Beratung der Parteiführung in Grundsatz-, nicht in aktuellen Detailfragen konstituierte. Den Vorsitz dieses Gremiums hatte er bis zu seinem Tod inne, ebenso den Vorsitz der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages e. V.

Gerstenmaier war im Dritten Reich ein Repräsentant des „anderen Deutschland“. Sein Beitrag zum Wiederaufbau nach der Katastrophe, zur Stabilisierung der jungen Demokratie und nicht zuletzt zur Programmatik seiner Partei hat Bundeskanzler Kohl beim Staatsakt nach seinem Tod prägnant in die Worte gefasst: „Eugen Gerstenmaier war ein Glücksfall für die deutsche Geschichte.“